

FriEnt-Team

Landkonflikte in Indonesien – Was bieten die „Freiwilligen Leitlinien“ der FAO?

Im Mai 2012 verabschiedete die FAO die „Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“. Sie gelten als ein wichtiges Instrument zur Regulierung des Landsektors und sollen unter anderem zur Verhinderung von „land grabbing“ beitragen. Welche Rolle spielen diese Leitlinien in Bezug auf Landkonflikte? Wie gestaltet sich der Umsetzungsprozess? Wie sind sie im indonesischen Kontext anwendbar? Und welche Handlungsoptionen ergeben sich daraus?

Zu diesen und weiteren Fragen trafen sich 23 Teilnehmende aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen am 15. November im Rahmen des FriEnt-Rundtisches Indonesien. Dr. Babette Wehrmann, die an den Verhandlungen der FAO zu den Leitlinien direkt teilgenommen und am Prozess der Leitlinienerstellung mitgewirkt hat, gab einen Einblick in Inhalte und Entstehungsprozess. Caroline Kruckow, FriEnt, zeigte relevante Elemente und Bezüge der Leitlinien für Konfliktbearbeitung und –transformation auf. Erste Einschätzungen zur Relevanz der Leitlinien aus Sicht der indonesischen Zivilgesellschaft stellte Carolin Callenius, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, anhand von Ergebnissen aus einer Partnerkonsultation vor.

Die Landpolitik ist in Indonesien aufgrund des Ressourcenreichtums mit vielschichtigen Interessen verbunden. Gleichzeitig bleiben Landrechte und –nutzung elementar für Ernährungssicherung und Einnahmequellen, Lebens- und Kulturräume der lokalen Bevölkerung. In den derzeitigen nationalen Politiken zur Nutzung natürlicher Ressourcen und Entwicklung von Wirtschaftskraft im Landsektor ist eine Orientierung an partizipativen, gerechten und konfliktsensiblen Prinzipien kaum zu erkennen. Vielmehr verschärft der Ausschluss großer Bevölkerungsteile von Entscheidungsprozessen, Rechtsunsicherheit sowie Klientelpolitik die Zunahme gewaltsamer Konflikte. Die Teilnehmenden des Rundtisches identifizierten folgende Herausforderungen im Landsektor:

Inhalt

FriEnt-Team

Landkonflikte in Indonesien – Was bieten die Freiwilligen Leitlinien der FAO?	1
Menschenrechte und Konflikttransformation – Schnittstellen und Spannungsfelder	3
Education building peace?! Wirksamkeiten auf dem Prüfstand	3
Im Osten nichts Neues? Konfliktbearbeitung nach den Wahlen in Georgien	4
„Money cannot compensate for blood“ Arbeitsgespräch zu Transitional Justice	5
Mitgliedsorganisationen	
BMZ richtet OECD-Konferenz „Global Factors Influencing Conflict and Fragility“ aus	7
GIZ-Veranstaltung zur Rolle von Bildung in fragilen Kontexten	8
FES-Konferenz gibt Impulse zur Weiterentwicklung von Friedenspolitik	9
Plattform ZKB: Evaluierung der zivilen Krisenprävention mittels nationaler Strategiebildung?	10
INEF: „Beyond 2015: Getting Serious about Global Justice“	11
ZIF-kompakt zur Prüfung der EU-Rechtsstaatsförderung im Kosovo	11
Misereor-Zeitschrift „Lehrerforum“ zum Thema Gewaltprävention	12
BfdW-EED beobachtet friedliche Wahlen in Sierra Leone	13
Impuls	
Kenia wählt – „The more it changes, the more it stays the same“	14
FriEnt Tipps & Infos	
OECD veröffentlicht Evaluierungsleitfaden	17

- Gemäß der indonesischen Verfassung ist Land Staatseigentum, dessen Nutzung zum Wohlergehen des Volkes und zur Steigerung des Wohlstands dienen muss. In der Realität wird diese Vorgabe jedoch nicht erfüllt. Die staatlichen Institutionen sind zu schwach, Korruption eine große Herausforderung. Vor diesem Hintergrund liegt eine große Verantwortung bei den Investoren sowie bei den internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank, die Investitionsvorhaben in Land unterstützen.
- Häufig fehlen klare Regelungen zu Landbesitz und Landnutzung. Die Gesetzgebung ist stark segmentiert und führt zu einer Inkohärenz gegenüber dem Anspruch des Gemeinwohls. Hier bedarf es der Stärkung der institutionellen Rahmenbedingungen.
- Den Landnutzenden fehlen rechtliche Grundlagen und Sicherheit, aufgrund derer sie ihre Landrechte gegenüber Staat und Unternehmen einklagen und durchsetzen können. Informelle, aber legitime Landnutzungsrechte stehen legalen, formalisierten Formen gegenüber. Überlappungen verschiedener Nutzungsrechte werden nicht berücksichtigt, informelle Rechte nicht anerkannt.
- Multistakeholder-Prozesse werden vor Ort nicht praktiziert, staatliche Stellen verhalten sich passiv oder unterstützen aktiv – auch durch den direkten Einsatz staatlicher Sicherheitskräfte – die Durchsetzung der Interessen von Investoren. Es gilt, drivers of change auf staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite zu identifizieren.
- Landenteignungen und Vertreibungen während der Suharto-Zeit sind weiterhin ungeklärt. Eine Aufarbeitung erlittenen Unrechts und Entschädigungen oder entsprechende Landreformen stehen aus.

Weitere Informationen

Anja Justen, FriEnt
anja.justen@bmz.bund.de

Caroline Kruckow, FriEnt
caroline.kruckow@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Website der FAO zu den Freiwilligen Leitlinien](#)

[Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests.](#)

A new tool for Governments and Civil Society Organisations to address land issues

Misereor, Brot für die Welt – Der Evangelische Entwicklungsdienst

Freiwillige Leitlinien scheinen vor diesem Hintergrund kaum ein unmittelbar durchsetzungskräftiges Instrument zu sein. Wohl aber bieten sie als Referenzrahmen das Potential, den Dialog über Probleme der Landpolitik (wieder) aufzunehmen. In Hinblick auf existierende Konflikte um Land erheben die Leitlinien nicht den Anspruch, diese zu lösen, geben aber Hinweise darauf, was für die Bearbeitung von Konflikten, Schlichtung und Gewaltprävention notwendig ist. Unter anderem zeigen sie Verbindungen zu menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten und Investoren auf. Die Leitlinien können jedoch nicht als Instrument zur Aufarbeitung der Vergangenheit dienen. Dagegen können sie aber ein hilfreiches Instrument sein, um Aushandlungsprozesse zu gestalten. Dies können sowohl politische Dialogprozesse wie auch die Begleitung von einzelnen Investitionsvorhaben sein, die auf ihre Entsprechung menschenrechtlicher Standards und Verpflichtungen anhand der Leitlinien überprüft werden können. Des Weiteren sahen die Teilnehmenden eine gute Chance, mit den Leitlinien innerhalb Deutschlands zu arbeiten, um Bewusstsein in Hinblick auf menschenrechtliche Verstöße, konfliktverschärfende Elemente und Unternehmensstrategien aufzuzeigen.

Die Teilnehmenden bekräftigten Bedarf und Interesse für einen weiterführenden Austausch zum Thema Landpolitik und Landkonflikte im Rahmen des FriEnt Rundtischprozesses. Neben einer vertieften Problemanalyse soll es insbesondere auch darum gehen, Handlungsoptionen und Kooperationsmöglichkeiten zu konkretisieren.

Menschenrechte und Konflikttransformation – Schnittstellen und Spannungsfelder

Ob Do-No-Harm, Peace and Conflict Assessment oder Human Rights Based Approach, Dialogprogramme, Versöhnungsinitiativen, Menschenrechtsmonitoring und Lobbying – Friedensförderung und Menschenrechtsarbeit haben in den letzten Jahren zahlreiche Methoden und Ansätze ihrer Arbeit (weiter-)entwickelt. Dies geschah und geschieht oft in getrennten Sphären, die sich berühren, ergänzen aber auch reiben.

Vor welchen Herausforderungen stehen FriEnt-Mitglieder und ihre Partner, wenn beide Arbeitsbereiche aufeinander stoßen? Wo werden Schnittstellen und Synergiemöglichkeiten gesehen? Diesen Fragen widmete sich am 5. Dezember ein FriEnt-Arbeitsgespräch, an dem Praktikerinnen und Praktiker aus den Bereichen Menschenrechte und Konflikttransformation teilnahmen. Ziel war es vor allem, Themen und Fragen zu identifizieren, die im Rahmen von FriEnt weiter bearbeitet werden können.

Ausgehend von den Hintergründen, Zielen, Instrumenten, Ansätzen und Methoden des jeweiligen Arbeitsbereichs wurden zunächst Schwierigkeiten und Dilemmata für die eigene Arbeit diskutiert. Als bedeutendes Thema stellte sich das Spannungsfeld zwischen Versöhnung und Straflosigkeit heraus. Trotz verschiedener Herangehensweisen, Herausforderungen und Spannungsfelder haben Menschenrechte und Konflikttransformation jedoch auch das Potential, sich gegenseitig zu ergänzen und zu stärken: Bei vielen Themenbereichen – wie etwa Rohstoff- und Landkonflikte, private Sicherheitsfirmen, Transitional Justice, Sicherheitssektorreform und Rüstungskontrolle – sind sowohl Menschenrechtsarbeit als auch Konflikttransformation besonders relevant und wirken komplementär. Darüber hinaus hat die Verzahnung von verschiedenen Methoden und Ansätzen das Potential, die jeweilige Analyse beispielsweise um asymmetrische Machtverhältnisse und Konfliktursachen zu schärfen, aber auch Projektplanung, Durchführung und Monitoring zu verbessern. Auf welche Art und Weise dies sinnvoll passieren kann, will sich FriEnt in einer Veranstaltung im nächsten Jahr widmen.

Weitere Informationen

Christine Meissler, FriEnt
christine.meissler@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Connecting Human Rights and Conflict Transformation. Guidance for Development Practitioners](#)
GIZ, ZFD, DIMR | 2011

Education building peace?! Wirkannahmen auf dem Prüfstand

Welche Rolle spielt Bildung in der Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten? Um dieser Frage näher auf den Grund zu gehen, organisierte FriEnt gemeinsam mit dem BMZ Referat Bildung und dem GIZ Sektorprogramm Bildung Anfang Dezember einen Workshop zur Weiterentwicklung realistischer und kontextspezifischer Wirkannahmen und Theorien des Wandels. Zu welcher Veränderung sollen Bildungsvorhaben in einer von Gewaltkonflikten geprägten Gesellschaft und im Kontext von komplexen Transformationsprozessen beitragen? Was sind unsere Annahmen, warum und wie unsere Arbeit zu Veränderungen beiträgt? Bestätigen sich unsere Annahmen in der Praxis? Knapp 20 Kolleginnen und Kollegen tauschten sich zu diesen und weiteren Fragen aus und reflektierten etablierte Herangehensweisen.

In einem einführenden Beitrag beleuchtete Dr. Lynn Davies (University of Birmingham) inwiefern Bildungsförderung als Instrument der Friedensförderung verstanden werden kann. Da die Ursachen für Gewaltkonflikte oftmals in anderen Bereichen liegen, wirken Bildungsvorhaben als einer unter vielen Faktoren in einem komplexen System zusammen. Zentral sei aber die Bearbeitung von Denkweisen in einem System, welche Veränderung und Weiterentwicklung verunmöglichen. Zur Entfaltung der potentiellen Rolle von Bildung ist daher zunächst zu klären, in welchen Kontext wir intervenieren und auf welchen Theorien unsere Wirkannahmen gründen. Erst dann rücke das „was“ und „wie“ in den Blick. Annahmen entlang linearer Wir-

kungsketten seien mit solchen Komplexitätsansätzen nicht vereinbar. Lynn Davies empfiehlt, in Bildungsbereichen Lern- und Erfahrungskontexte für Veränderung zu fördern, die offen sind für Experimentieren, Fehler, Anpassungen und Feedback. Es sei jedoch schwierig, solche Ansätze und Vorgehensweisen mit Projektzielen zu vereinbaren. Diese Unsicherheit bedeutet Unvorhersehbares, Risiken, undefinierte Ergebnisse – und damit letztlich auch die Anerkennung der Prozesshaftigkeit von Friedensförderung.

Dr. Rüdiger Blumör (GIZ) brachte am Beispiel der Reform des Bildungssektors in Afghanistan Fragestellungen aus der Praxis ein. Um die Rolle von Bildung in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen näher zu bestimmen, unterschied er zunächst zwischen Staaten mit „limited access order“, in denen der Zugang zu politischen und ökonomischen Ressourcen auf eine selbsternannte Elite beschränkt ist, und Staaten mit „open access order“ (OECD-Welt), in der politischer Wettbewerb und Offenheit in Wirtschaft und Gesellschaft gesucht wird. In einem

„fragile limited access order“ Kontext wie Afghanistan könne Bildung darauf hinwirken, eine „basic limited access order“ zu entwickeln. Sofern aber Wirkannahmen bei Reformen im Bildungssektor auf Modernisierungstheorien gründen, welche die tatsächliche Verfasstheit der Gesellschaft vernachlässigen, könnten Bildung und Schule ihre Rolle in Sozialisierung und Allokation, beispielsweise zur Elitentransformation, nur bedingt entfalten. Damit dies geschehe, müssten die gesellschaftlichen Voraussetzungen näher beleuchtet werden. Die Förderung konfliktensibler Bildungssysteme sollte dabei immer auch als Teil der Friedensförderungs-Agenda verstanden werden.

In der anschließenden Diskussion standen die kritische Reflexion über die Wirkungen der eigenen Bildungs- und Friedensförderung in schwierigen, von Hierarchien geprägten Kontexten im Mittelpunkt. Dabei wurde auch erörtert, in wie weit Konfliktkonstellationen und -situationen aufgrund der eigenen Zielsetzungen befördert werden.

Für den weiterführenden Austausch regten die Teilnehmenden unter anderem an, den Stand der internationalen Diskussion um die Rolle von Bildung in der Friedensförderung mit Entwicklungen im deutschen entwicklungspolitischen Kontext abzugleichen. Auch sei es wichtig, die Rolle von Bildung im Spektrum zwischen Konfliktsensibilität und Friedensförderung zu konkretisieren. Die Erarbeitung von Kriterien für konfliktensible Bildungssysteme steht weiterhin aus, ferner fehlt es an innovativen

Methoden zur Wirkungsbeobachtung und -messung. Ebenfalls würden es die Teilnehmenden begrüßen, den Erfahrungsaustausch anhand von Praxisbeispielen und Perspektiven von vor Ort über Wirkannahmen, konkrete Ansätze und Methoden weiterzuführen und dabei die Wechselbeziehungen zwischen individueller und struktureller Veränderung einzubeziehen.

Im Osten nichts Neues? Konfliktbearbeitung nach den Wahlen in Georgien

Nach den Parlamentswahlen in Georgien im Oktober 2012 ist es zu einem für viele Beobachter überraschenden, aber dennoch friedlichen Regierungswechsel gekommen. Was ist von der neuen Regierung zu erwarten? Gibt es neue Perspektiven für eine friedliche Konfliktlösung um Abchasien und Südossetien? Wie wird sich das Verhältnis zu Russland sowie den westlichen Staaten entwickeln? Und was tut sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene?

Weitere Informationen

Anja Justen, FriEnt
anja.justen@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Understanding Education's Role in Fragility: Synthesis of four situational analyses of education and fragility: Afghanistan, Bosnia & Herzegovina, Cambodia, Liberia](#)
Lynn Davies | INEE | 2011

[Education and Peacebuilding: from 'conflict-analysis' to 'conflict transformation'?](#)
FriEnt Essay Series - Part IV | Alan Smith | 2011

[Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History](#)
Douglass C. North, John Joseph Wallis, Barry R. Weingast | 2009

Zu diesen und ähnlichen Fragen beschrieb Julia Kharashvili bei einem FriEnt-Hintergrundgespräch am 4. Dezember die aktuellen Trends und Herausforderungen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Kharashvili ist Vorsitzende der georgischen Frauenorganisation „Consent – IDP-Women Association“ und Mitglied im „Black Sea Peacebuilding Network“. In der Diskussion mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen FriEnt-Mitgliedern kristallisierten sich folgende Herausforderungen als zentral heraus:

- Das von dem neuen Premierminister und Oligarchen Ivanishvili vorgestellte Kabinett setzt sich aus ehemaligen politischen Führungskräften aus der Shevardnadze-Zeit, zivilgesellschaftlichen Aktivisten und politischen „Newcomern“ zusammen. Diese werden sich einarbeiten und bewähren müssen. Externe Akteure sollten diesen Übergangsprozess konstruktiv begleiten. In der Zusammenarbeit mit der neuen Regierung sei in Hinblick auf den weiteren Demokratisierungsprozess Sensibilität und Geduld gefragt, ohne dabei von Standards abzuweichen.
- Für den inneren Zusammenhalt komme es nun darauf an, im politischen Wettbewerb nicht weiter zu polarisieren, sondern auf einen ausgleichenden Dialog zwischen den politischen Kontrahenten zu setzen. Externe Akteure sollten darauf achten, dass demokratische Regeln im Übergangsprozess eingehalten werden.
- Eine Herausforderung stelle weiterhin die „Nationale Strategie zum Umgang mit den besetzten Gebieten“ dar. Die abchasischen und südossetischen Führungen lehnen eine Kooperation auf dieser Grundlage bisher ab, vor allem aufgrund der strittigen Statusfrage. Auch mit dem neuen georgischen Minister für Reintegration seien derzeit keine Veränderungen hinsichtlich der Strategie zu erwarten. Eine Voraussetzung, die den Dialog nicht leichter werden lasse.
- Für die konstruktive Bearbeitung der Konflikte seien vertrauensbildende Maßnahmen daher weiterhin und wiederholt notwendig. Sie sollten auf allen gesellschaftlichen Ebenen und lokal, national und regional durchgeführt werden. Alternative Friedensgespräche, die auch auf Graswurzel-Ebene durchgeführt werden, könnten neue Perspektiven in die stockenden Genfer-Friedensgespräche bringen.
- Gemeinsames Anliegen für zivilgesellschaftliche Kräfte auf georgischer wie auch auf abchasischer Seite ist die Prävention von erneut ausbrechender Gewalt. Die Förderung von Toleranz und gegenseitigem Verständnis sind verbindende Dimensionen, die ausgebaut werden sollten.
- Die aktive Einbeziehung von Frauen in die entscheidenden Prozesse müsse weiter gestärkt werden. Unter anderem biete die Informations- und Umsetzungsarbeit zu der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 dafür gute Ansatzpunkte.
- Für die Intern Vertriebenen stehen weiterhin die Beseitigung von Unterbringungsproblemen und Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Nachhaltige Wohnraumbeschaffung, Sozialprogramme wie auch die Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen haben hier eine besondere Bedeutung.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, FriEnt
caroline.kruckow@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Black Sea Peacebuilding Network](#)

Abschließend waren sich die Teilnehmenden einig, dass die Herausforderungen hinsichtlich nachhaltiger Konflikttransformation weiterhin gewaltig sind, der Regierungswechsel aber auch Chancen bietet, die aktiv genutzt werden sollten.

Der FriEnt-Rundtisch Südkaukasus wird sich das nächste Mal zum Thema Nagorny-Karabakh voraussichtlich im Februar 2013 treffen.

„Money cannot compensate for blood“ – Arbeitsgespräch mit Tyrone Savage

Transitional Justice ist nicht mehr aus international geförderten Friedens- und Demokratisierungsprozessen wegzudenken. Das auf Rechenschaft und Demokratie abzielende Baukastenprinzip von Transitional Justice trifft dabei allerdings auf die Komplexität und Langfristigkeit gesellschaftlicher Friedens- und Versöhnungsprozesse. Immer mehr zivilgesellschaftliche Stimmen des globalen Südens hinterfragen daher die bestehende Praxis und fordern kontextspezifische Anpassungen.

Der südafrikanische Experte Tyrone Savage gehört zu diesen Stimmen. Er hat langjährige Erfahrungen mit Vergangenheitsprozessen in Südafrika, Nepal und Burundi. In einem FriEnt-Arbeitsgespräch Ende November hob er drei zentrale Punkte der neueren Debatten hervor: Wahrheitsfindung, Reparationen sowie das Verhältnis von Opfern und Tätern und ihre Rolle in Transitional Justice Prozessen.

Weitere Informationen

Sylvia Servaes, FriEnt
sylvia.servaes@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Rehabilitation and Reintegration of the Former Child Soldiers in Mozambique](#)
Filipa Neto Marques | 2001

[„Healing the Dead“: Exhumation and Reburial as a tool to truth telling and reclaiming the past in rural Zimbabwe](#)
Shari Eppel | 2006

[Engaging with Victims and Perpetrators in Transitional Justice and Peace Building Processes](#)
FriEnt | Workshop Report | 2008

[Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law](#)
UN-Resolution 60/147

In der Entstehungsphase des Transitional Justice Konzeptes standen die Rechte der Opfer im Zentrum. Doch im letzten Jahrzehnt hatte man aufgrund der Fokussierung auf juristische Aufarbeitung lange nur die Täter im Blick. Um zu einer Transformation von Konflikten beizutragen, sollte sich die Vergangenheitsaufarbeitung deutlich mehr den Opfern zuwenden. Unterschiedliche Formen der Wahrheitsfindung und materiellen wie symbolischen Entschädigung werden ihren Bedürfnissen besser gerecht. Damit sie sich nicht als bloße Zeugen für Gerichtsverfahren missbraucht fühlen (forensic truth), muss ihnen und ihrer Geschichte mehr Gehör geschenkt werden (narrative truth). Täter-Opfer-Ausgleich und insbesondere die öffentliche Anerkennung vergangenen Unrechts (restorative truth) sowie Trauer-, Versöhnungs- und Reinigungsrituale unterstützen ihren Heilungsprozess. Beispiele hierfür finden sich in Mosambik und Simbabwe.

Die UN-Resolution 60/147 empfiehlt, dass nicht nur vergangene Verluste und Vergehen finanziell kompensiert werden, sondern auch die Auswirkungen auf die materielle, physische und psychische Situation der Opfer. Gleichwohl sollten Täter bei der gesellschaftlichen Reintegration unterstützt werden. Nach wie vor besteht ein großes Ungleichgewicht zwischen international geförderten DDR- und Reintegrations-Programmen für ehemalige Kombattanten und Entschädigungsprogramme für Opfer – mit teils fatalen Folgen für die angestrebten Friedens- und Versöhnungsprozesse.

In der anschließenden Diskussion wurden einige Herausforderungen deutlich:

- Den „richtigen Zeitpunkt“ gebe es nicht, so Savage, es werde nie zu wenig, ausreichend oder zu viel Frieden geben, um sich mit der Vergangenheit zu befassen. „Wir“ müssen uns von einem eurozentrischen Friedenskonzept entfernen.
- Externe Akteure sollten sich kulturellen Unterschieden auf der Graswurzelebene und auf staatlicher Ebene anpassen, um gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln. Inwiefern Externe kultursensible Maßnahmen fördern können, ohne deren Glaubwürdigkeit zu untergraben, oder – wie die gacaca-Prozesse in Ruanda zeigen – Eingriffe vorzunehmen, blieb eine offene Frage.

- Ebenso sollten alle Parteien in Planungen einbezogen werden, um einen Konsens zu erlangen, der nicht Gefahr läuft, beispielsweise von den Eliten des Landes blockiert zu werden.
- Die Integration von Transitional Justice Maßnahmen in Friedensförderungsstrategien und die Nutzung von Schnittstellen zwischen diesen Maßnahmen und Programmen der Entwicklungspolitik bleiben eine Herausforderung.

Mitgliedsorganisationen

BMZ richtet OECD-Konferenz “Global Factors Influencing Conflict and Fragility “ aus

„Think Global, Act Global“ – unter diesem Motto kamen am 15. und 16. November rund 60 Vertreter aus (fragilen) Partnerländern, Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden und Norden, Think Tanks, Geberländern sowie internationalen Organisationen auf Einladung der Parlamentarischen Staatssekretärin des BMZ, Gudrun Kopp, sowie des OECD/DAC-Chairman, Brian Atwood, in Berlin zusammen, um gemeinsam die Rolle globaler Faktoren in Konfliktkontexten zu erörtern. Inwiefern wird lokale Fragilität und Gewalt durch globale Faktoren wie Migration, internationale Märkte für Militärgüter oder auch Geberengagement in Postkonflikt-Ländern beeinflusst? Gibt es hier Handlungsmöglichkeiten für entwicklungspolitische Akteure?

Grundlage war die neu veröffentlichte multidisziplinäre OECD/DAC Studie „Think Global, Act Global: Confronting global factors that influence conflict and fragility“, in deren Rahmen erstmals acht verschiedene globale Faktoren, die weltweit Auswirkungen auf lokale Konfliktkontexte haben, sowie deren Zusammenspiel untersucht wurden.

Die Konferenzteilnehmer diskutierten eingangs in regional fokussierten Workshops die Herausforderungen, die sich vor Ort durch den Einfluss der globalen Faktoren ergeben: Während in Zentralamerika transnationale organisierte Kriminalität, insbesondere der Drogenhandel, und das damit verbundene hohe Gewaltniveau als das aktuelle Kernproblem identifiziert wurde, unterstrichen die Workshops zum Horn von Afrika und der Sahelzone vor allem die Vielschichtigkeit der dortigen Konflikte. Aspekte wie schwache Governance-Strukturen sowie schwer kontrollierbare Landesteile befördern hier das Agieren von nicht-staatlichen Gewaltakteuren in enger Verbindung mit transnationaler organisierter Kriminalität.

Im Rahmen der Konferenz wurden sechs spezifische Faktoren in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt und im Rahmen von interaktiven Workshops diskutiert: 1) Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen bewaffnete Akteuren, 2) Märkte für Militärgüter und Sicherheitsdienstleistungen, 3) ökonomische Liberalisierungsprozesse, 4) entwicklungspolitisches Engagement in Post-Konfliktsituationen, 5) Migration und 6) transnationale organisierte Kriminalität. Die Konferenzteilnehmer erarbeiteten konkrete Ideen, wie den negativen Effekten einzelner Faktoren auf nationaler wie internationaler Ebene begegnet werden könnte, z.B. durch die Weiterentwicklung eines internationalen Regulierungsrahmens für private Sicherheitsdienste.

Im Rahmen der Konferenz wurde zwar der Ansatz der OECD/DAC-Studie bestätigt, in einer globalisierten Welt die Ursachen von Fragilität und Konflikt nicht regional begrenzt, sondern auch global zu erfassen. Gleichzeitig betonten die Teilnehmer aber auch die Notwendigkeit,

Weitere Informationen

Gundula Weitz, BMZ
gundula.weitz@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Think Global, Act Global: Confronting global factors that influence conflict and fragility](#)
OECD | 2012

den spezifischen lokalen und regionalen Kontexten Rechnung zu tragen. Auch bei der Suche nach Lösungsansätzen sei es zwingend erforderlich, die betroffenen Länder sowie regionalen Strukturen entsprechend von Beginn an einzubinden. Deutlich wurde auch, dass es der Schaffung von innovativen Allianzen sowie eines kohärenten Vorgehens unterschiedlichster Politikfelder bedarf, um gemeinsam wirksame Ansatzpunkte gegen die o.g. externen Faktoren zu entwickeln.

Der offizielle Konferenzbericht wird in Kürze durch das BMZ sowie OECD/DAC vorgelegt. Die auf der Berliner Konferenz erarbeiteten Vorschläge dienen bereits als Grundlage für die weitere thematische Auseinandersetzung mit den „global factors“ im Rahmen der Novemberversammlung des „International Network on Conflict and Fragility“ (INCAF) der OECD. Ebenso ist vorgesehen, die erarbeiteten „entry points“ in entsprechenden Gremien der EU und der VN zu diskutieren und weiter zu entwickeln.

GIZ-Veranstaltung zur Rolle von Bildung in fragilen Kontexten

Die Rolle von Bildung in fragilen Kontexten, ob friedensbildend oder konfliktverstärkend, stand im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion „Education and Fragility“, die am 29.11. als Teil der Veranstaltungsreihe „Forschung trifft Praxis“ der GIZ in Bonn stattfand. Vor einem Fachpublikum diskutierten Prof. Alan Smith (Inhaber des UNESCO-Lehrstuhls für Bildung an der Universität Ulster in Nordirland) und Dr. Ulf Metzger (GIZ Bildungsprogramm, Sri Lanka). Die Diskussion brachte unterschiedliche Erfahrungen aus Forschung und praktischer Entwicklungszusammenarbeit zusammen und eröffnete so neue Perspektiven. Sie folgte der These, dass es noch zu wenig Forschung in diesem Gebiet und auch zu wenig Bewusstsein für die besondere Rolle von Bildungsmaßnahmen in fragilen Kontexten gibt.

Diese Rolle wurde in vielerlei Hinsicht diskutiert. Bildung habe das Potential, das Verhalten und die Einstellungen Einzelner zu verändern. Wie dieser individuelle Effekt jedoch in gesellschaftliche Wirkung übersetzt werden kann, dazu sei noch nicht ausreichend geforscht worden. Laut der Diskutanten kann gesellschaftliche Veränderung insbesondere durch Entscheidungsträger erreicht werden. Für die Praxis wurde im Allgemeinen Wert darauf gelegt, dass vor dem Hintergrund spezifischer Konflikt dynamiken je eigene „Theories of Change“ entwickelt werden.

Auch wurden die politische Rolle und die Gefahr der Instrumentalisierung von Bildungsmaßnahmen diskutiert. Ulf Metzger argumentierte auf Grundlage seiner Erfahrung in Sri Lanka, wie Projekte auch im Kontext von Konflikt umgesetzt werden können. Bezogen auf seine Forschung in Nordirland begründete Alan Smith, inwiefern Bildung spezifisches Konfliktpotential birgt. Ihm zufolge wurde die Polarisierung der Gesellschaft auch durch ein geteiltes Schulwesen unterstützt. Diese Teilung kann nur über langsame Annäherung aufgehoben werden. Hierbei sind Veränderungsprozesse besonders erfolgreich, wenn sie lokale Unterstützung erhalten.

In seinem Schlusswort wies Ulf Metzger auf die elementare Bedeutung von Bildung für Entwicklung hin; denn ohne Bildung sei Entwicklung nicht möglich. Beide betonten die grundsätzliche Bedeutung einer Zusammenarbeit und eines Austausches von Forschung und Praxis, um durch Bildung und Bildungsförderung positive Veränderungen in fragilen Kontexten erreichen zu können.

Weitere Informationen

Dr. Sylvia Schmitt, GIZ
sylvia.schmitt@giz.de

Links & Literatur

[Veranstaltungsreihe Forschung trifft Praxis](#)

(Bericht, Video, Audio, Fotos) | GIZ

[Education and Peacebuilding: from 'conflict-analysis' to 'conflict transformation'?](#)

FriEnt Essay Series - Part IV | Alan Smith | 2011

FES-Konferenz gibt Impulse zur Weiterentwicklung von Friedensförderung und Konflikttransformation

Im Rahmen einer internationalen Fachkonferenz Ende Oktober diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik über internationale Entwicklungen im Bereich Krisenprävention und Friedensförderung. Zudem wurde ein Entwurf für Eckpunkte einer entsprechenden deutschen Strategie vorgestellt und kritisch diskutiert.

Im Hinblick auf die internationale Debatte wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass es gerade für internationale Institutionen wie EU und UN von entscheidender Bedeutung ist, dass die verschiedenen Nationalstaaten ein gemeinsames Verständnis von Zielen und Konzepten der Friedensförderung und Konflikttransformation teilen. Nur auf einer kohärenten Basis können internationale Organisationen den Mehrwert entfalten, der ihnen oftmals zugeschrieben wird. Innerhalb von UN und EU hat man lange Zeit mit fragmentierten Strukturen und Zuständigkeiten für Friedensförderung und Konflikttransformation gerungen, zuletzt aber deutliche Fortschritte erzielt; auch und gerade im Hinblick auf die Stärkung der Missionen und Vertretungen in den Konfliktregionen selbst.

Insgesamt wurde die zentrale Rolle der Nationalstaaten (auch als Mitglieder internationaler Institutionen) unterstrichen. Dabei muss allerdings der Blick auch über die traditionellen nationalstaatlichen Akteure in diesem Feld hinaus erweitert werden. Zwar wurde auch im Rahmen dieser Konferenz das beispielhafte Engagements Großbritanniens hervorgehoben – sowohl im Hinblick auf die Etablierung nationaler Strukturen und Instrumente als auch im Hinblick auf seine Rolle als Agenda-Setter im Rahmen der Vereinten Nationen – es wurden aber auch neue Akteure anhand zweier Beispiele in den Blick genommen. Sowohl Brasilien als auch die Türkei haben in den vergangenen Jahren ein wachsendes Engagement in diesem Politikfeld gezeigt, auch wenn ihre nationalen Strukturen und Instrumente zur Umsetzung dieses Engagements erst noch entwickelt werden müssen.

Im Hinblick auf das deutsche Engagement für Friedensförderung und Konflikttransformation wurde zum einen Erreichtes positiv hervorgehoben, aber auch deutlich der Bedarf für eine Weiterentwicklung des Engagements betont. Unter den vielen Anregungen für eine zukünftige deutsche Strategie für Friedensförderung und Konflikttransformation wurden die folgenden mit besonderem Nachdruck betont:

- Sie müsste internationale Partnerschaften mit etablierten und neuen Akteuren im Bereich der Friedensförderung anstreben.
- Sie müsste aus internationalen Erfahrungen wie mit dem britischen Conflict Prevention Pool lernen.
- Sie müsste sowohl institutionelle Voraussetzung als auch institutionelle Kulturen auf den Prüfstand stellen.
- Sie müsste der Stärkung von regionaler Expertise hohen Stellenwert beimessen.
- Sie müsste Local Ownership als wichtige Erfolgsvoraussetzung für nachhaltige Friedensförderung ins Zentrum stellen ohne die Spannungsfelder zu ignorieren.

Diese und weitere Anregungen aus der Konferenz fließen in das Eckpunktepapier für eine Strategie für Friedensförderung und Konflikttransformation ein, welches derzeit durch ein Autorenteam aus dem Arbeitskreis Zivile Krisenprävention der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wird.

Weitere Informationen

Marius Müller-Hennig, FES
marius.mueller-hennig@fes.de

Links & Literatur

[Veranstaltungsbericht und Materialien zur Konferenz](#)

Plattform ZKB: Evaluierung der zivilen Krisenprävention mittels nationaler Strategiebildung?

Traditionell findet am zweiten Adventswochenende in der Evangelischen Akademie Loccum (Mitglied der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung) eine Tagung zu internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik statt, bei der Fachleute aus Zivilgesellschaft, Politik, Ministerien, Wissenschaft und interessierte Öffentlichkeit zu aktuellen Fragestellungen ins Gespräch kommen. In diesem Jahr stand die Evaluierung ziviler Krisenprävention im Fokus, unter dem Titel: „Mit welchen Maßstäben bemessen wir ihren Erfolg?“.

Ausgangspunkt der Tagung war der Befund, dass es bislang keinen umfassenden Überblick über Wirkungsweisen und Wirksamkeit von deutschen Instrumenten der zivilen Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung gibt. „Klassische“ thematische Evaluationen zu Relevanz, Effektivität, Wirkungen, Nachhaltigkeit und Effizienz liegen allenfalls für einzelne Bereiche vor, wie etwa für den Zivilen Friedensdienst, nicht aber für das gesamte Politikfeld. Auf europäischer Ebene sind die Entwicklungen diesbezüglich schon einen Schritt weiter. Doch nicht zuletzt die Anfang 2012 veröffentlichte Zwischenbilanz des Bundestags-Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ hat das Thema auch hierzulande auf die politische Agenda gesetzt.

Die knapp 70 Teilnehmenden der Loccumer Tagung diskutierten das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln: Was sollte und was kann tatsächlich evaluiert werden? Macht eine Bewertung des Instrumentariums wirklich Sinn, oder müsste nicht vielmehr untersucht werden,

wo die Ursachen für seine mangelnde strategische und kohärente Ausrichtung liegen? Ist lediglich das zivile Instrumentarium zu betrachten, oder sollten im Sinne vernetzten Handelns nicht auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr einbezogen werden?

Generell wurde hervorgehoben, dass Evaluierungen nicht zuletzt auf strategischer Ebene ansetzen müssten. Evaluierungen der Zielbestimmung, der strategischen Umsetzung und der Umsetzungsstrukturen seien dringend geboten. Zentrale Frage sei dabei, ob und wie die Entwicklung von Politikfeldern eingeschätzt werden könne. In diesem Zusammenhang wurde zudem debattiert, mit welchem Design eine nationale Friedens- und Sicherheitsstrategie akteurs- und ressortübergreifend evaluiert werden könnte – zum Beispiel als Prozessanalyse oder mit Teilstudien und zusammenfassender Auswertung und begleitet durch näher zu bestimmende externe Expertise.

Auch nach den expliziten oder impliziten Wirkungstheorien, die den beschlossenen Maßnahmen zugrunde liegen, sollte dabei gefragt werden. Nicht zuletzt wurde die Bedeutung einer Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Evaluierungen unterstrichen, auch um dadurch unbeabsichtigte negative Nebeneffekte aufzudecken.

Die Abschlussdiskussion erörterte unter anderem den Vorschlag, statt eine Politikfeld-Evaluierung lieber einen Strategiebildungsprozess zu initiieren. Dafür sei sowohl der Vergleich mit in ähnlichem Kontext operierenden Ländern wichtig, als auch eine klarere Schwerpunktsetzung in der deutschen Krisenpräventionspolitik, die sich an eigenen Stärken zu orientieren habe (z.B. Mediation, Menschenrechtsarbeit, Vergangenheitsbewältigung). Die künftige Bundesregierung solle beschließen, 2014 bis 2016 eine entsprechende Friedensstrategie bzw. Friedens- und Sicherheitsstrategie inklusiv auszuarbeiten. Als erster

Weitere Informationen

Jan-Thilo Klimisch
klimisch@lobby-fuer-die-guten.de

Links & Literatur

[Thematic Evaluation of European Commission Support to Conflict Prevention and Peace-building](#)
ADE-PARTICIP | 2011

[Zivile Krisenprävention - Parlamentarische Aufgabe und Verantwortung](#)
Plattform ZKB | 2012

Schritt könnte der Unterausschuss eine Auflistung von Zielen und Prioritäten deutscher Krisenpräventionspolitik diskutieren. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und die wissenschaftlichen Friedensforschungsinstitute wurden gebeten, diese Ideen weiterzuverfolgen.

INEF: „Beyond 2015: Getting Serious about Global Justice“ – Veranstaltung mit Thomas W. Pogge in Duisburg

Extreme Armut ist trotz aller Fortschritte, die im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) erreicht wurden, immer noch weit verbreitet. Zugleich steigt die Ungleichheit in und zwischen Gesellschaften in den letzten Jahren weltweit an. Konflikte lassen sich nicht erklären, ohne herrschende Ungleichheiten zu berücksichtigen, weshalb globale Gerechtigkeitsprobleme auch aus Sicht von Krisenprävention und Friedenssicherung bedeutsam sind.

Vor diesem Hintergrund wird Thomas W. Pogge, Leitner Professor für Philosophie und Internationale Beziehungen an der Yale Universität, nicht müde zu betonen, dass die supranationalen Institutionen eine Mitschuld an der globalen Armut tragen. So auch erneut am 6. Dezember 2012 in Duisburg bei der Veranstaltung „Beyond 2015: Getting Serious about Global Justice“, die gemeinsam von der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) und dem Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research ausgerichtet wurde, an dem das INEF als eines der Trägerinstitute beteiligt ist. Ungerecht seien die supranationalen Institutionen laut Pogge insbesondere deshalb, weil „wir“, die wohlhabenden Industrieländer von ihnen profitierten, während sie die gravierende Armut in strukturschwächeren Ländern aufrechterhielten. Durch die Erhaltung dieser globalen institutionellen Ordnung würden alle, die an deren Gestaltung und Aufrechterhaltung mitwirkten, Menschenrechte massiv verletzen. Pogge plädierte deshalb dafür, für die Zeit nach 2015 nicht wieder einen Zielkatalog in Anlehnung an die MDGs zu verabschieden, sondern institutionelle Reformen anzustreben. Pogge skizzierte eine Reihe konkreter Reformvorschläge, wie beispielsweise die Änderung der Vergabepaxis von Krediten an Diktatoren oder die Einführung einer globalen Rohstoffdividende, damit der Erlös vom Verkauf von Rohstoffen der breiten Bevölkerung zugutekommt, nicht nur einer korrupten Elite.

Dennoch gab es einige kritische Anmerkungen zu Pogges Ausführungen. Zum einen vermittelte er an vielen Stellen eine sehr eindimensionale Vorstellung von materieller Armut, wodurch redistributive Gerechtigkeit ein Stückweit überbetont wurde. Zum anderen blieb die tatsächliche Umsetzung seiner Reformvorschläge offen. So schließen einige Anregungen etwa die Gründung weiterer internationaler Institutionen ein. Wer garantiert, dass diese gerechter handeln als die jetzigen? Auf welcher rechtlichen Basis sollen die Reformvorschläge verwirklicht werden? Wer ist für die Umsetzung der Reformen zuständig und wie können v. a. einflussreiche Staaten dazu gebracht werden, diese umzusetzen? Derartige Fragen stellten sowohl die Kommentatoren Margret Thalwitz und Jan Aart Scholte, beide derzeit Fellows am Käte Hamburger Kolleg, als auch das Publikum. Insgesamt verdeutlichten Pogges Vorschläge jedoch, dass es Alternativen gibt, über die es sich nachzudenken lohnt.

Weitere Informationen

Cornelia Ulbert, INEF
cornelia.ulbert@inef.uni-due.de

Links & Literatur

[Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research](#)

[Stiftung Entwicklung und Frieden](#)

ZIF-kompakt zur Prüfung der EU-Rechtsstaatsförderung im Kosovo

Es ist ungewöhnlich, und grundsätzlich nicht unproblematisch, wenn Rechnungsprüfer die Wirkung außenpolitischer Interventionen bewerten. Im Falle Kosovos hat sich der Europäische Rechnungshof (EuRH) verdient gemacht, indem er erstmals übergreifend die Instru-

mente geprüft hat, mit denen der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und die Europäische Kommission Rechtsstaatlichkeit fördern. Ein aktuelles ZIF-kompakt fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und kommentiert sie.

Mit seiner Prüfung hat der EuRH in Deutschland negative Schlagzeilen provoziert. Tatsächlich bescheinigen die Prüfer den Maßnahmen der EU „unzureichende Wirksamkeit“. Bei der Polizei war die Zielerreichung „bescheiden“, im Justizsektor „nützlich“ und bei der Korruptionsbekämpfung „begrenzt“. Lediglich beim Zoll wurden die Ziele „weitgehend“ erreicht. Doch dort, wo Ziele erreicht wurden, bestehen Zweifel hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit. Der EuRH-Bericht beschreibt vier Kernprobleme:

1. Politische Probleme in der EU (vor allem die Frage der Anerkennung des unabhängigen Kosovo);
2. Fehlendes Local Ownership für konsequente Rechtsreformen und ein hohes Maß an politischen Interventionen in das Rechtssystem;
3. Strategische und Koordinationsprobleme innerhalb der EU und zwischen EU und anderen Akteuren;
4. Management- und Personalprobleme in der Mission.

Weitere Informationen

Andreas Wittkowsky, ZIF
a.wittkowsky@zif-berlin.org

Links & Literatur

[Prüfung der EU-Rechtsstaatsförderung im Kosovo: Defizite an Wirksamkeit, Comprehensive Approach und Exit-Strategie](#)
ZIF-kompakt | 2012

Die Empfehlungen des EuRH zielen auf die verbesserte Koordination des EU-Einsatzes im Sinne eines Comprehensive Approach. Vor allem sei die Koordination zwischen den Aktivitäten der GSVP und des Instrument for Pre-Accession (IPA) zu verbessern und über den Politikdialog mit Kosovo zu unterstützen. Eine Exit-Strategie für EULEX sollte darauf zielen, die staatlichen Kapazitäten Kosovos zunehmend über den Vorbeitrittsprozess zu stärken.

Zu kurz kommt in dieser Prüfung eine tiefer gehende Reflektion über Local Ownership und realistische Zeiträume, in denen man unter den genannten Rahmenbedingungen sichtbare Fortschritte erwarten kann. Da die EULEX-Aktivitäten zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität auch Vertreter der politischen Eliten betreffen, ist es wenig verwunderlich, dass die kosovarischen Behörden oft

schleppend arbeiten und politisch intervenieren – und die EU-Maßnahmen damit konterkarieren. Hier ist die Frage, ob Effizienzmängel aufgrund des politischen Langfristziels in Kauf genommen werden müssen – oder ob die Rechtsstaatsförderung als Kernaufgabe der meisten GSVP-Missionen überhaupt auf den Prüfstand gehört.

An diesen politischen Fragen stoßen Rechnungsprüfer an ihre Grenzen. Bisher fehlen aber alternative Mechanismen, Programme der EU über die institutionellen Zuständigkeiten hinweg zu beurteilen.

Misereor-Zeitschrift Lehrerforum widmet sich dem Thema „Gewaltbegrenzung durch Entwicklungszusammenarbeit“

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Gemeinden, Schulen und Öffentlichkeit zugunsten globaler Verantwortung ist seit Beginn ein zentrales Mandat von Misereor. Im Lehrerbereich „Eine Welt“ beraten seit 1973 aktive Lehrerinnen und Lehrer ehrenamtlich über neue Unterrichtsmaterialien des Globalen Lernens und entwickeln Bildungsangebote und Aktionsimpulse angepasst an die geltenden Lehrpläne. Viermal im Jahr erscheint das Lehrerforum auf der Webseite und in einer gedruckten Auflage von 1.800 Exemplaren. In

dieser Zeitschrift bietet Misereor vertiefte Einblicke und Unterrichtsmaterialien zu zentralen Einzelthemen der Entwicklungsarbeit.

Gewaltbegrenzung ist schon lange eine wichtige Aufgabe im Schulalltag. Das Lehrerforum Nr. 85 öffnet den Blick vom Schulhof auf die globale Perspektive und vermittelt die Bedeutung individuellen Denkens und Handelns lokal wie global. Ausgehend von der „Gewalt als Entwicklungshindernis“ (unter diesem Titel ist auch ein eigenes Oberstufen-Arbeitsbuch bei Misereor verfügbar) werden die handlungsleitenden Prinzipien, Akteursebenen und Interventionsmöglichkeiten konfliktensibler Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt. Für die Sekundarstufe II wird dargestellt, wie Kenntnisse und Erfahrungen der Friedensarbeit und Friedensforschung in die tägliche Praxis umgesetzt werden. Die mit Beispielen unterfütterten Arbeitsaufträge für die Schüler konzentrieren sich auf:

- Gewalt und Armut;
- auf Konfliktverlauf und Präventionsmöglichkeit;
- auf nicht intendierte Folgen von Interventionen;
- auf die Notwendigkeit der Inklusion;
- auf Akteure und Akteursebenen;
- auf die entwicklungsfördernde Bedeutung von Konflikten;
- auf die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft;
- und auf die Notwendigkeit eines planetarischen Friedens-Ethos.

Dabei konkretisieren die kurzen Projektbeispiele aus fünf Ländern für die Lernenden die Relevanz dieser Elemente für die Möglichkeiten und Beschränkungen der Gewaltbegrenzung. Sie ermöglichen den Schülerinnen und Schülern, ihre eigenen Konflikterfahrungen zur EZ in Beziehung zu setzen („Frieden beginnt in den Köpfen“). Informative Schaubilder und Tabellen können die Lehrenden direkt für den Unterricht verwenden. Wie für die Zeitschrift üblich, wird auch hier umfänglich auf weiterführende Materialien und Quellen verwiesen.

BfdW-EED beobachtet friedliche Wahlen in Sierra Leone

Sierra Leone hat sich und der Welt am 17. November 2012 eindrucksvoll seine politische Reife bewiesen und gezeigt, dass Wahlen in einem Ex-Bürgerkriegsland friedlich verlaufen können. Nach einer langwierigen Stimmauszählung und Manipulationsvorwürfen von Seiten der größten Oppositionspartei Sierra Leone People's Party (SLPP), ist Ernest Bai Koroma, amtierender Präsident und Chef der All People's Congress (APC), mit 58,7 Prozent der Stimmen wiedergewählt worden. Von den rund 2,6 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich 87,3 Prozent.

Im Vorfeld der Wahlen herrschte tiefe Skepsis, ob die Wahlen tatsächlich friedlich ablaufen würden. Die Furcht vor Gewalt war groß. Bereits 2011 verschärften sich die politischen Spannungen zwischen der Regierungspartei All People's Congress (APC) und der größten Oppositionspartei Sierra Leone People's Party (SLPP). Es gab eine Serie blutiger Zusammenstöße zwischen den beiden politischen Lagern, die verschiedene Volksgruppen vertreten. Auch das Internet war voll von ungezügelter Hasstiraden auf beiden Seiten. Die internationale Gemeinschaft war alarmiert, die Bevölkerung stark verunsichert.

Weitere Informationen

Petra Gaidetzka, Misereor
Petra.Gaidetzka@misereor.de

Dr. Günter E. Thie, Autor
ge.thie@t-online.de

Links & Literatur

[Gewaltbegrenzung durch Entwicklungszusammenarbeit](#)

Misereor Lehrerforum Nr. 85

Das Engagement der UN-Organisationen und zivilgesellschaftlicher Akteure hat den Boden bereitet für friedliche Wahlen. Durch den Dialog mit den Parteien wurden die gewalttätigen Auseinandersetzungen deutlich gemildert. Auch die Zustimmung der Parteien, einen Code of Conduct zu unterzeichnen, der friedliche, faire, freie und glaubwürdige Wahlen garantieren sollte, hat dazu beigetragen, die Gewalt zu minimieren.

Weitere Informationen

Iris Liethmann
iliethmann@googlemail.com

Links & Literatur

Weitere Infos zu Sierra Leone auf der [Homepage von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst](#)

Um den transparenten Ablauf der Wahlen auch gegenüber der internationalen Öffentlichkeit zu demonstrieren, hat die Regierung des Landes internationale Wahlbeobachter zugelassen. Die Europäische Union stellte mit rund hundert Wahlbeobachtern, darunter 28 Langzeitbeobachter, das größte Kontingent. Die Afrikanische Union, die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und das britische Commonwealth haben Delegationen entsandt. Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst hat im Vorfeld der Wahlen 880 freiwillige Wahlbeobachter des Kirchenrats aus-

gebildet und beteiligte sich mit vier internationalen Beobachtern an der Mission. Dadurch hat Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst den Einsatz lokaler Wahlbeobachter massiv gestärkt. Folglich konnten Manipulationen, Verfälschungen und Drohungen im Laufe des Wahlprozesses verhindert werden.

Internationale Wahlbeobachter lobten die Wahlen als friedlich und fair. Sie werten den Wahlausgang als Beweis für den Fortschritt, den das Land bei der Stärkung der demokratischen Institutionen seit Ende des Bürgerkriegs vor zehn Jahren gemacht hat. Kritisch bewertet die EU, dass die Startbedingungen für die Parteien ungleich waren. Die Regierungspartei APC habe stark vom Bonus des Amtsinhabers Präsident Koroma profitiert, zumal sie staatliche Ressourcen im Wahlkampf nutzte. Auch habe es keine der zehn Parteien geschafft, Frauen aktiv in die Politik einzubinden.

Impuls

Kenia wählt – „The more it changes, the more it stays the same“

Im Dezember 2013 wird Kenia das 50-jährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit feiern. Es ist eine besondere Duplizität von Ereignissen, dass die politische Elite genau in diesem Jubiläumsjahr die Möglichkeit hat, das Land aus dem Kreislauf der sich reproduzierenden Konfliktmuster zu lösen, die sowohl Erbe kolonialer Vergangenheit als auch Resultat des Macht-systems post-kolonialer Zeit sind. Angelika Spelten geht in diesem Impuls-Artikel den Risiken und Herausforderungen im Vorfeld der Wahlen in Kenia nach.

Am 4. März 2013 wählt Kenia einen neuen Staatspräsidenten sowie die politischen Entscheidungsträger für sechs größtenteils völlig neue Ämter auf Ebene der 47 neu geschaffenen „counties“. Damit wird das Kernstück der neuen Verfassung umgesetzt: die grundlegende Reform und Dezentralisierung des bislang zentralistischen Regierungssystems.

Diesem Schritt sehen viele Kenianer wie auch internationale Beobachter mit verhaltener Hoffnung für einen positiven Verlauf der Wahlen und zugleich mit großen Befürchtungen eines gewaltsamen Scheiterns entgegen. Die Hoffnungen stützen sich auf die bereits erfolgreich umgesetzten Reformschritte. Zunächst einmal endet mit der Amtszeit der jetzigen Regierung eine Phase, die sich durch einen Grad an Kooperation auszeichnet, den es in Kenia bislang so nicht gegeben hat. Natürlich stimmt es, dass die Rivalitäten innerhalb der politischen Elite

fortbestanden und den Reformprozess verzögerten, belastet und in einigen Bereichen auch erfolgreich unterlaufen haben. Aber dennoch fanden Reformen statt und wurden Etappenziele erreicht: eine Verfassung, die nicht nur im afrikanischen Kontext vorbildhaft ist, wurde per Referendum von der kenianischen Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit angenommen; das Justizwesen umstrukturiert und die Schlüsselpositionen durch transparente Verfahren unter der Mitwirkung breiter gesellschaftlicher Kreise besetzt. Auch besteht die Einschätzung, dass sowohl die politische Klasse wie auch die Mehrheit der kenianischen Bevölkerung aus den gewaltsamen Unruhen von 2008 Lehren gezogen und ein großes Eigeninteresse daran haben, dass die nächsten Wahlen weitestgehend friedlich verlaufen.

Die Befürchtungen speisen sich aus einem anderen Blick auf die Ereignisse. In den Kreisen der politischen Elite gab es von Beginn des Verfassungsprozesses an Blockadekräfte, sogenannte „non-reformers“. Sie sahen in den Reformbemühungen eine Bedrohung ihrer privilegierten Zugänge zu politischer Macht und ökonomischen Ressourcen. Der internationale Druck und sicher auch die kritische Begleitung zivilgesellschaftlicher Organisationen verhindert ein allzu offensichtliches Vorgehen der Reformgegner. Doch in den letzten Monaten nahmen die Konflikte zwischen vermeintlichen Reformgewinnern und Reformverlierern auf regionaler Ebene bereits gewaltsame Form an.

Nach jüngsten Veröffentlichungen des UN-Büros für Humanitäre Angelegenheiten (OCHA) wurden in diesem Jahr in Kenia bereits über 400 Menschen durch gewaltsame Auseinandersetzungen oder Attentate getötet, 258 verletzt und 112.000 vertrieben. Nicht in allen aber den meisten Fällen sehen lokale und internationale Beobachter einen Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen.

Und wieder wird mit der ethnischen Karte gezündelt

Bis zum 4. Dezember 2012 mussten sich alle Parteien, Parteienbündnisse oder Allianzen offiziell registrieren lassen, die einen Kandidaten oder eine Kandidatin für die nächste Präsidentschaftswahl benennen wollen. Fünf Gruppen haben diese Voraussetzungen erfüllt und werden bis zum 18. Januar offiziell bekanntgeben, wen sie als Präsidentschaftskandidaten ins Rennen schicken.

Die Komposition der Wahlbündnisse legt einige Schlussfolgerungen für den Verlauf des weiteren Wahlkampfes nahe. So setzten sich die beiden stärksten Allianzen aus den politischen Führern der fünf größten ethnischen Bevölkerungsgruppen zusammen und in beiden sind „non-reformer“ in der Mehrzahl. Unabhängig vom konkreten Wahlergebnis steht daher zu befürchten, dass der Reformprozess nach den Wahlen wesentlich schwerfälliger verläuft, wenn nicht gar blockiert oder verwässert wird.

In der „Coalition for Reforms and Democracy“ (CORD) haben sich Ministerpräsident Odinga (Luo), Vizepräsident Musyoka (Kamba) und ex Außenminister Wetangula (Luhya) zusammengeschlossen. Die „Jubilee Alliance“ ist das Bündnis der stärksten Konkurrenten Odingas, bestehend aus den beiden vor dem ICC angeklagten Politiker Uhuru Kenyatta (Kikuyu), William Ruto (Kalenjin) sowie dem stellvertretende Ministerpräsident Madavedi. Darüber hinaus gibt es noch zwei kleinere Allianzen: „Pambazuko“ von Eugene Wamalwa, Nicolas Biwott, Cyrus

Weitere Informationen

Angelika Spelten, FriEnt
angelika.spelten@bmz.bund.de

Links & Literatur

[Kenyan Elections 2013](#)

Peaceful Prevention and Community Reporting Project

[Kenya's 2013 General Election](#)

The Kenya National Dialogue and Reconciliation (KNDR) Project

[Kenia entscheidet. Herausforderungen angesichts der neuen Verfassung und der Wahlen 2013](#)

Anke Christine Lerch / Iris Karanja | KAS | 2012

[Reading the Tea Leaves on the Kenyan Elections: Patterns of Violence and Political Alliances](#)

CSIS | 2012

[FriEnt-Länderportal zu Kenia](#)

Jirongo und die noch namenlose Allianz von Peter Kenneth und Raphael Tuju. Die ehemalige Finanzministerin Martha Karua kündigte an, ohne Bündnispartner als Präsidentschaftskandidatin anzutreten.

Die Zusammensetzung insbesondere der zwei großen Allianzen CORD und Jubilee legt nahe, dass sie nicht aufgrund gemeinsamer politischer Ziele oder Prioritäten zustande kamen. Sie entsprechen vielmehr dem Kalkül der Beteiligten, in der jeweiligen Konstellation für sich selbst und ihre Klientel nach der Wahl die größten Aussichten auf lukrative Positionen zu haben.

Zur Registrierung mussten Parteien, die sich zu Allianzen zusammengeschlossen haben, ein „Memoranden of Understanding“ (MoU) vorlegen, in dem sie Vereinbarungen über die Aufteilung von Ämtern und Positionen nach dem Wahlsieg treffen. Da die MoU nicht öffentlich zugänglich sind, bieten sie viel Raum für Spekulationen, an denen sich die Medien ausgiebig beteiligen. Sie berichten davon, dass die Parteiführungen dabei auch Verabredungen darüber getroffen haben, welche Partei in welcher Region die Aufstellung von Kandidaten für die zur Wahl stehenden Ämter reservieren darf. Dieses sogenannte „Political –Zooning“ könnte die Lunte sein, die die alt bekannten ethnischen Spannungen zur Explosion bringt. Trotz zahlreicher Aufklärungskampagnen halten sich unterschiedliche Falschinterpretationen der Verfassung zu diesem Punkt. Das eine Missverständnis besagt, dass mit der Dezentralisierung jeweils die Bevölkerungsgruppe, die die Mehrheit stellt, bevorzugten Zugang zu politischen Ämtern und Verwaltungspositionen erhält. Eine andere Fehlinterpretation behauptet, dass die politischen Ämter für diejenige Ethnie reserviert sind, die die jeweiligen Region als ihre traditionelle Heimat betrachtet, unabhängig davon, ob sie dort jetzt noch die Mehrheit stellen oder nicht. Beide Varianten stimmen mit den demokratischen Prinzipien der Verfassung, die sich nicht an ethnischen Zugehörigkeiten orientiert, nicht überein, können aber durch das politische Geschacher zwischen den Allianzpartnern nun doch zur Realität werden.

Die Dezentralisierung erforderte Änderungen bei regionalen und kommunalen Grenzen. In etlichen Regionen hatte das Auswirkungen auf die Minoritäts- bzw. Majoritätsverhältnisse der ethnischen Gruppen. Bevölkerungsgruppen, die unter den alten Verwaltungsstrukturen der Mehrheitsethnie angehörten, konnten in den neuen Verwaltungseinheiten plötzlich in der Minderheit sein und umgekehrt. Das führte in vielen Regionen bereits seit 2010 zu wachsenden politischen Spannungen.

Im vergangenen Jahr bemühte sich die Nationale Kommission für gesellschaftliche Integration und Kohäsion (NCIC) darum, in besonders konfliktbetroffenen Regionen mit Vertretern aller ethnischen Gruppen ein Kräftegleichgewicht auszuhandeln. Das „Zooning“, das die Parteispitzen nun aushandeln, um ihre Chancen bei der Präsidentschaftswahl zu erhöhen, hat genau das Gegenteil zur Folge, Angehörige bestimmter Volksgruppen werden von der Kandidatur ausgeschlossen. Dabei wird offenbar billigend in Kauf genommen, dass diese Strategie äußerst gewaltträchtig sein kann.

Auch eine formal freie und faire Wahl kann scheitern

Die Frage nach den Risiken für einen friedlichen Verlauf der Wahlen in Kenia wird oft damit beantwortet, dass die technischen Abläufe des Wahlprozesses und die logistischen Voraussetzungen sichergestellt werden müssen. Wenn der Wahlprozess korrekt verläuft, die Ergebnisse den Wählerwillen wiedergeben und nicht manipuliert wurden, dann erhöht das die Akzeptanz des Ergebnisses auch beim Wahlverlierer. Diese Logik hat jedoch zwei Schwachstellen.

In einer aktuellen Studie zum Stand der Wahlvorbereitungen weist das Kenya National Dialogue and Reconciliation Monitoring Project (KNDR) auf juristische Fragen zu einzelnen Verfahrensschritten hin, die noch auf gerichtliche Klärung warten. Neben diesen offenen Verfahrensfragen, stellt die Wahl allein aufgrund ihrer Komplexität hohe Anforderungen an die Wähler-

schaft und die Kandidaten. Vieles ist neu und unbekannt: auf nationaler Ebene werden neben dem Staatspräsident und dem Parlament auch die Mitglieder des neu eingerichteten Senates bestimmt. Eine weitere Neuerung ist die Wahl in den dezentralen Verwaltungsstrukturen, den 47 „counties“, in denen jeweils sechs Positionen zu besetzen sind. Bei vielen Kandidaten und in der Bevölkerung bestehen noch große Unsicherheiten bezüglich der Aufgaben und Pflichten dieser neuen Positionen. Auch das Verhältnis zu den alten Provinzverwaltungen wird erst nach den Wahlen geklärt und gehört zu den zentralen Streitpunkten zwischen den Reformern und den Blockadekräften. Dieses diffuse Verständnis der neuen Strukturen bietet ausreichend Möglichkeiten der Manipulation und Instrumentalisierung. Gewaltagitatoren könnten Wähler zu gewaltsamen Handlungen mobilisieren, indem sie Schreckensbilder malen über die Konsequenzen, die ein Wahlsieg einer gegnerischen Partei hätte.

Zudem ist davon auszugehen, dass auch bei einem nicht politisch manipulierten Wahlergebnis im Wahlablauf technische und logistische Mängel auftreten. Allein die korrekte Anbindung von 45.000 Wahllokalen ist eine schwierige Herausforderung. So bietet sich den Wahlverlierern ausreichend Vorwand, um das Ergebnis nicht zu akzeptieren. Um die Präsidentschaftswahl im ersten Wahlgang zu gewinnen sind „50 Prozent plus 1“ aller Stimmen und zugleich auch 25 Prozent der Stimmen in mindestens der Hälfte aller „counties“ erforderlich. Auch wenn noch nicht entschieden ist, welche Bewerber zur Wahl antreten, ist eine Entscheidung im ersten Wahlgang eher unrealistisch. Kommt es zu einer zweiten Runde und ist die Situation während des ersten Wahlganges relativ stabil und friedlich geblieben, dürfte die Mobilisierungsstrategie der Kandidaten im Zeitraum bis zum entscheidenden „run-off“ am 11. April von besonderer Bedeutung sein. Trotz der bisherigen Reformbemühungen, ihrer Etappensiege und der gewachsenen kritischen Distanz zumindest der städtischen Bevölkerung gegenüber der politischen Klasse, ist wohl davon auszugehen, dass das Schicksal Kenias in den kommenden Monaten, wie auch bei früheren Wahlen, von den Machtstrategien einiger weniger Männer bestimmt wird.

Es ist zu hoffen, dass die zuständigen Stellen der EU, der UNO und die diplomatischen Vertretungen der westlichen Partnerländer vor Ort das Verhalten der politischen Schlüsselakteure in Nairobi eng begleiten und klare Signale setzen, dass sie von ihnen aktives Engagement für den friedlichen Verlauf der Wahlen erwarten sowie in der Lage sind, diese Erwartung durch die Andeutung möglicher individueller Konsequenzen zu bekräftigen. Es ist höchste Zeit, konkrete Schritte und Druckmittel für die kurzfristige Gewalteinämmung vorzubereiten.

Angelika Spelten vertritt im FriEnt-Team die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen.

FriEnt Tipps & Info

OECD veröffentlicht Evaluierungsleitfaden

Im November 2012 ist der überarbeitete OECD-DAC-Leitfaden „Evaluating Peacebuilding Activities in Settings of Conflict and Fragility: Improving Learning for Results“ veröffentlicht worden. Im Mittelpunkt des Leitfadens steht das Potential von Evaluierungen, Peacebuilding-Maßnahmen dank Lessons Learnt effektiver zu gestalten. Evaluierungen im Konfliktkontext wurden in den letzten Jahren zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, nicht nur wegen der Gefahren, die ein hoch politisches Umfeld bergen kann, sondern auch wegen ihrer Komplexität in der Ausführung. Daher wurde ein erster Entwurf des Leitfadens seit 2008 in Pilotevaluationen getestet. Die Probeevaluationen haben aufgezeigt, dass in der Geberkoordination, aber auch im Geberverständnis Differenzen existieren, insbesondere was den Nexus Entwicklung und Frieden, die Kurzfristigkeit und die Planungsfreiheit zur flexiblen Anpas-

sung von Maßnahmen betrifft. Außerdem wurde bemängelt, dass konflikt sensible Tools wie gründliche Konfliktanalysen und die Integration des Do-No-Harm-Ansatzes, sowie theoretische Grundlagen bisher in Projektplanungen nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Der Leitfaden stellt sich genau diesen Herausforderungen. Er führt zunächst in die aktuelle Strategiedebatte von internationalem Engagement in Konfliktkontexten ein. Anschließend wird der Leser – angesprochen sind insbesondere Entscheidungsträger und Verantwortliche

der Programmkonzeption – schrittweise durch einzelne Projektplanungsphasen und eine sorgfältige Evaluationsplanung geleitet. Dabei werden die angesprochenen Instrumente zur Konfliktbestimmung und Konzepte zur konflikt sensiblen Projektausrichtung explizit in ihrer Anwendbarkeit und Wirksamkeit erläutert.

So hilft eine ausführliche Analyse der Ursachen und Einflussfaktoren von Konflikten und Fragilität, Konflikt- und Friedenspotenziale zu erfassen und, regelmäßig durchgeführt, den Überblick über aktuelle Dynamiken zu behalten und Projekte entsprechend anzupassen. Zusätzlich schafft sie den analytischen

Hintergrundrahmen für anstehende Evaluationen. Die höchst politischen Settings verlangen auch vom Evaluierungsteam ein hohes Maß an Konfliktsensibilität und Kontextwissen, um weder das Projektziel noch die involvierten Personen zu gefährden.

Mit Hilfe von Theories of Change sollen sowohl in der Planung der Maßnahmen, als auch in den Terms of Reference für die Evaluation logische, erreichbare Ziele und Annahmen formuliert werden. Dabei sollte man wenn möglich auf Theories of Change zurückgreifen, deren Ursache-Wirkungskette bereits erwiesen wurde, um die Erfolgsaussicht für die Peacebuilding-Maßnahme zu steigern. Der Leitfaden gibt außerdem Empfehlungen für logistische Planungsfragen, aber auch für die Durchführung und Auswertung der Evaluation selbst.

Links & Literatur

[Evaluating Peacebuilding Activities in Settings of Conflict and Fragility. Improving Learning for Results](#)
DAC Guidelines and Reference Series | OECD | 2012

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

c/o BMZ, Dahlmannstr. 4

53113 Bonn

Tel. +49-228-535-3259

Fax. +49-228-535-3799

info@frient.de

www.frient.de

[@FriEnt_news](#)

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann

marc.baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Homepage bestellt und abbestellt werden.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.